

Boom der Bürgerbeteiligung

Die Freiburger Soziologin Silke Marzluff erklärt, wie Stuttgart 21 zum **SCHLÜSSELEREIGNIS** wurde, und gibt Tipps

Ob es um den Standort eines Stadions geht oder den Verkauf eines denkmalgeschützten Gebäudes, den Bau eines Einkaufszentrums oder die Entfernung eines Denkmals: Bürger wollen mitbestimmen. Silke Marzluff vom Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE) in Freiburg erklärt, auf was es dabei ankommt.



Immer mehr Menschen protestieren gegen mangelnde Transparenz und für Mitbestimmung in ihrer Kommune. Von links oben im Uhrzeigersinn: Protest gegen den Verkauf der Freiburger Stadtbau, die denkmalgeschützte Karl-Friedrich-Schule in Emmendingen, der Endinger Wochenmarkt, das geplante Einkaufszentrum in Weil am Rhein.

FOTOS: SASSE/JAHN/ZVG/SEITZ-WENDEL

Warum wollen immer mehr Menschen mitreden bei dem, was in ihrem Ort geschieht?

Der Wunsch nach mehr Transparenz und Mitgestaltung ist schon lange zu beobachten. Das ZZE hat bereits Ende der 90er Jahre neue Formen für bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung in baden-württembergischen Kommunen entwickelt und exemplarisch kommunalverfassungsrechtlich verankert. Seit dem Protest gegen das Bahnhofprojekt Stuttgart 21 erlebt die Forderung nach mehr Beteiligung einen Boom. Durch das Internet ist es einfach zu erfahren, was in einer Kommune geplant ist: Man kann die Protokolle von Gemeinderatssitzungen einsehen, sich in Foren austauschen.

Lange haben die Menschen Bürgermeister und Gemeinderäte weitgehend machen lassen. Gibt es einen Vertrauensverlust?

Ich würde nicht per se von Vertrauensverlust sprechen, ich denke, dass das Bewusstsein für Mitgestaltung gewachsen ist. Es reicht vielen Menschen nicht mehr, alle fünf Jahre einen Gemeinderat und alle acht Jahre einen Bürgermeister zu wählen. Auffallend ist: je näher einem ein Thema ist, desto größer das Interesse an Beteiligung. Seit Stuttgart 21 geht das Bestreben nach mehr Beteiligung aber häufiger von den Rathäusern aus.

Wer vor allem beteiligt sich? Eine Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung hat jetzt ergeben, dass Bürgerproteste vor allem von männlichen Bildungsbürgern mit viel Zeit getragen werden.

Das muss man differenziert betrachten. Meist gibt es einen Kreis dauerhaft Engagierter, die sich intensiv einbringen, Interesse und Kenntnisse haben und medial präsent sind. Generell stimmt es, dass höher gebildete Menschen stärker engagiert sind. Doch beim Protest gegen den Verkauf der Stadtbau-Wohnungen in Freiburg und dem Bürgerentscheid darüber 2006 haben sich in Gegenden wie Weingarten und Beurbarung viele Menschen beteiligt, die keinen akademischen Hintergrund haben. Und ob es meist Männer sind, kommt auf das Thema an: Bei der Zukunftswerkstatt über demografischen Wandel und Alter, die ich im Herbst 2012 in Neuenburg am Rhein moderiert habe, waren die Hälfte Frauen.

Viele Kommunen müssen sich zunehmend damit herumschlagen, dass Bürger gegen ein Vorhaben erst mal vorsorglich Klage einreichen. Ist der Wille zu mehr Mitbestimmung gemeinwohlorientiert oder oft egoistisch?

Sowohl als auch. Klar ist, dass

Interesse dann entsteht, wenn es einen selbst betrifft. Bei der Planung des dritten und vierten Gleises der Rheintalbahn sieht man: Aktiv werden die, deren Orte betroffen sind. Sie bleiben aber nicht beim Nein stehen, sondern entwickeln Alternativen und arbeiten an einer guten Lösung für alle mit. So kann Eigeninteresse in Gemeinwohlüberlegungen übergehen.

Oft agieren Bürger aber nach dem Motto: Nicht vor meiner Haustür. Etwa wenn es um die Ansiedlung einer Kita geht oder eines Asylbewerberheims.

Das stimmt. Aber hier gilt es zu fragen: Welche Ängste, Vorurteile und Bedürfnisse stecken hinter diesem Protest? Welche Aufklärung ist nötig, wie kann ein Dialog in Gang kommen? Hier besteht die Chance für alle Bürger, ihren Horizont zu erweitern, die Sorge der Protestierenden zu verstehen und gemeinsam eine Lösung zu finden, die möglichst allen Interessen gerecht wird.

Vor Ort erschrickt man manchmal, wie schlecht es um die Streitkultur bestellt ist: Unterstellungen, Beleidigungen, massive Angriffe gehen hin und her...

Die Frage ist, in welcher Gesprächskultur man sich bewegt. Auch in politischen Fernseh-Talkshows geht es nicht immer um konstruktiven Dialog. Für die Entwicklung einer guten Gesprächskultur sind die Beteiligungsmethoden, die es gibt, gut geeignet. Einen fairen Umgang miteinander können schon Kinder lernen. Es gibt Trainingsprogramme in Demokratiepädagogik, die seit Jahren erfolgreich eingesetzt werden.

Welche Voraussetzungen braucht es, damit Bürgerbeteiligung funktionieren kann?

Seitens Politik und Verwaltung ist Voraussetzung, dass der Wille zu Transparenz und Bürgerbeteiligung besteht und dass die Beteiligungsmethoden kompetent eingesetzt werden. Für die Zuständigen heißt das, dass nicht sie selbst die Moderation übernehmen, sondern ein allparteilicher externer Moderator.

Welche Formen der Bürgerbeteiligung eignen sich wofür?

Informelle Bürgerbeteiligung gibt es seit jeher und überall: Das beginnt bei der zufälligen Begegnung auf dem Wochenmarkt, bei der ein Bürger den Bürgermeister anspricht und Anregungen macht oder Kritik übt. Formelle Formen reichen vom Infoabend über den Runden Tisch bis zur Zukunftswerkstatt. Rechtlich bindend schließlich ist der Bürgerentscheid. Immer mehr Kommunen geben sich verbindliche Leitlinien für Beteiligungsprozesse. Vorreiter in Baden-Württemberg war im Sommer 2012 Heidelberg. In ihren Leitlinien hat die Stadt festgelegt, welche Aufgaben hoheitlich gelöst werden und in welchen Fällen welche Beteiligungsmethoden zum Einsatz kommen. Ob es eine Beteiligung gibt oder nicht, entscheidet der Gemeinderat. Er muss sich auf jeden Fall mit den Anliegen der Bürger befassen und falls er sie ablehnt, Gründe dafür nennen. Nun bleibt abzuwarten, wie diese Möglichkeiten genutzt werden.

Lassen Sie uns einen Beteiligungsprozess durchspielen: Eine Müllverbrennungsanlage muss gebaut werden. Wo soll sie hin?

Der erste Schritt ist die Herstellung von Transparenz: Die Kommune informiert öffentlich über das Vorhaben. Will sie ein Stimmungsbild über die Wünsche und Sorgen der Bürger erstellen, kann sie eine Befragung in Auf-

trag geben, wie in Freiburg im Vorfeld eines neuen Beteiligungshaushalts zuletzt 2012. Der zweite Schritt ist, dass Befürworter und Bedenken-träger ins-moderierte – Gespräch treten und Lösungen erarbeiten.

Und wer entscheidet am Ende: Gemeinderat oder Bürger?

Die Entscheidung, das ist der dritte Schritt, trifft der Gemeinderat als repräsentativ-demokratisches Gremium. Es sei denn, es gibt einen Bürgerentscheid, der ja einer Ratsentscheidung gleichgestellt ist. Bürgerbeteiligung hinterfragt nicht die Legitimation von Gemeinderäten – sie hat ergänzende Funktionen. Übrigens: Dem Bürgerentscheid geht meist eine kontroverse Auseinandersetzung voraus. Er kommt zum Zug, wenn Verständigung nicht mehr möglich ist.

Bei welchen Themen ist Bürgerbeteiligung sinnvoll, wo ist sie falsch, gar gefährlich?

Geeignet ist Bürgerbeteiligung, wenn es darum geht, Entwicklungen in der Kommune anzustoßen – sei es im Baubereich oder im sozialen Sektor. Was direkte Demokratie angeht, so ist deren Reichweite durch im Grundgesetz verankerte, nicht verhandelbare Verfassungsbestandteile begrenzt. Die Einführung der Todesstrafe etwa kann nicht Gegenstand von Volkstscheidungen sein.

Wer soll sich beteiligen dürfen, wer ist befragend?

Ziel von Bürgerbeteiligung ist ein Ausgleich der Interessen. Dafür ist es wichtig, dass alle Perspektiven eingebunden sind. Auch jemand, der in der Straße wohnt, in der eine Müllverbrennungsanlage gebaut werden soll, hat legitime Interessen. Bürgerbeteiligung sollte für Menschen jeden Alters und jeder Nationalität offen sein. Das passiert bereits: etwa beim aktuellen Beteiligungshaushalt in Freiburg, bei den Bürgerforen in Emmendingen, die es seit Sommer 2011 gibt, oder den „Stadtteildetektiven“ in Waldkirch-Buchholz, die im Mai 2012 Kinder zu ihren Wünschen an die Kommune befragt haben.

Soll eine bestimmte Zahl von

Unterschriften nötig sein, um eine Beteiligung anzustoßen? Soll es ein Quorum geben?

Das kann unterschiedlich sein. Heidelberg hat in seinen Leitlinien festgelegt, dass es 1000 Unterstützer braucht, um einen Beteiligungsprozess anzustoßen; Gemeinde- und Jugendgemeinderäte, Migrations- und Behindertenbeiräte können ohne Unterschriften Vorschläge einbringen. Bei Bürgerentscheiden hingegen halte ich ein Quorum von 25 Prozent, wie es seit 2005 in Baden-Württemberg gilt, für sinnvoll. So lässt sich ausschließen, dass eine kleine Gruppe bindende Entscheidungen trifft.

Sind Entscheidungen, die über Bürgerbeteiligung getroffen werden, die besseren?

Das lässt sich so nicht sagen. Sicher gibt es nicht immer eine Lösung, mit der alle zufrieden sind – egal welches Verfahren man wählt. Bürgerbeteiligung gibt zwar keine Gewähr, dass es später nicht zu Protest gegen die Entscheidung kommt, aber sie sorgt dafür, dass die Bürger sich ernst genommen und wertgeschätzt sehen, und sie kann Verständigung entstehen lassen für die andere Seite. Das führt dazu, dass die, deren Position am Ende nicht zum Zuge kommt, eher ihren Frieden machen können. Der Beschluss hat eine breitere Legitimation. DAS GESPRÄCH FÜHRTE SIGRUN REHM

FAKTEN

EINE KLEINE AUSWAHL von Bürgerbeteiligungen und -entscheiden in der Region:

FLUGPLATZ FREIBURG Im Bürgerentscheid über eine Bebauung des Geländes 1995 stimmten 71 Prozent der Wähler dagegen. Obwohl das damals nötige Quorum von 30 Prozent nicht erreicht wurde, setzte der Stadtrat den Bürgerwillen um. Beim Bürgerentscheid gegen den Bau des Konzerthauses 1988, der die Mindestbeteiligung um 3 000 Stimmen verfehlte, war das anders gewesen.

STADTBAU-VERKAUF Der Initiative „Wohnen ist Menschenrecht“ gelang es 2006 überraschend, den von der Stadtverwaltung geplanten Verkauf der städtischen Wohnungen mit einem Bürgerentscheid zu verhindern. Dadurch veränderte sich die Stadtpolitik nachhaltig.

EINKAUFZENTRUM In Weil am Rhein stoppt 2011 ein Bürgerbegehren den Bau eines großen Einkaufszentrums, gegen das der lokale Handel mobil gemacht hatte. Für das Rathaus eine vertane Chance zur Stadtentwicklung. Jetzt wollen wieder Investoren bauen, an gleicher Stelle, mit kleinen Änderungen. Und für die Bürger soll es Workshops geben.

KARL-FRIEDRICH-SCHULE Die Debatte um den Verkauf des markanten Gebäudes in Emmendingen ist im Gange. Nachdem der Gemeinderat den von der Stadt geplanten Verkauf an einen Investor nichtöffentlich gebilligt hatte, bildeten sich Initiativen, die die Intransparenz kritisieren und Mitbestimmung fordern. Rathaus und Räte schwankten um, am 16. Februar, 19.30 Uhr startet im Rathaus die offizielle Bürgerbeteiligung.

ENDINGER WOCHENMARKT Wo dessen künftiger Standort sein wird, soll per Bürgerbefragung ermittelt werden. Das entschied der Stadtrat diese Woche, nachdem ein moderiertes Gespräch keinen Konsens in der seit Jahren diskutierten Frage gebracht hatte. SIR/RAZ

EIN PORTAL, auf dem man sich über Bürgerbeteiligungen im Land informieren und eigene Projekte vorstellen kann, richtet die Landesregierung ab März ein: www.baden-wuerttemberg.de/de/beteiligungsportal-info/

ZUR PERSON

SILKE MARZLUFF (37) arbeitet über die Themen Bürgerbeteiligung in Kommunen und demografischer Wandel auf nationaler und internationaler Ebene. Sie ist Soziologin und in der Geschäftsführung des 1996 von Professor Thomas Klie gegründeten Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE) in Freiburg. Das ZZE gehört zum Verein „Five“, dem Forschungs- und Innovationsverbund an der Evangelischen Hochschule Freiburg. SIR



FLEUROP Die Welt braucht Blumen.

Am 14. Februar ist Valentinstag. Liebende gehen zum Floristen.

müller Blumen und Garten

Unsere Öffnungszeiten:
Mo - Fr 8-19 Uhr
Sa 8-16 Uhr

© 7827 Schallstadt · Am Hockenbusk 1
Tel. 0 7664 - 41 98 620 www.blumen-mueller.de

Valentins-Aktion: Reservieren Sie Ihren Tisch im Vinosaloon mit Blumenstrauß 19,90€! Infos unter www.blumen-mueller.de